

Berlin, den 2. Mai 1924

Vorwärts Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung

Verleger: Dörmanns-Verlag GmbH

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Gutachten der Sachverständigen.

Ein Ruf zur nüchternen Betrachtung und klaren Entscheidung.

Wir haben den früheren Reichswirtschaftsminister, Genossen Rudolf Wissell, den Spitzenkandidaten der sozialdemokratischen Reichstagswahlliste in Niederbarnim, gebeten, seine Ansicht über das Sachverständigengutachten darzulegen. Er hat es in folgenden Ausführungen:

Keine Versammlung, in der mir ein Deutschnationaler oder Deutschvölkischer entgegnet, in der nicht im Anschluß an meine Erörterung des Sachverständigengutachtens von meinen Gegnern die glatte Ablehnung der Vorschläge dieses Gutachtens verlangt wurde. Die Zustimmung zu den Vorschlägen des Gutachtens würde ein neues Versailles für das deutsche Volk bedeuten, neue Bedrückungen würden die Folge sein, die Parole könne nur sein: Ablehnung und darüber hinaus: Befreiung vom Versailler Diktat, Befreiung des Ruhrgebiets und aller dem deutschen Stammlande entzogenen urdeutschen Gebiete und der Kolonien. Mit einer Verantwortungslösung sondersgleichen werden die wichtigsten Lebensfragen des deutschen Volkes behandelt, die geradezu erschütternd sein müßte, wenn man nicht die hemmungslose Agitation der rechtsgerichteten Kreise kennen würde. Der Hinweis, daß die Ablehnung dieses ersten Versuchs, das Reparationsproblem aus dem Bann einer rein politischen Einstellung herauszureißen und es auf den Boden nüchterner wirtschaftlicher Betrachtung zu stellen, uns in der ganzen Welt in den Verdacht bösslichen Zahlungsunwillens bringen werde, verschlägt nichts. Daß erneute Zwangsmittel gegen uns in Anwendung kommen würden, daß an eine Wiedererlangung von Rhein und Ruhr nicht zu denken sei, daß die dortige Wirtschaft für das übrige Deutschland verloren wäre, daß die Währung und Finanzen mit absoluter Sicherheit erneut in Unordnung kommen würden, eine zweite Inflationszeit mit ihren verheerenden Wirkungen das Land in die schwersten Zustände werfen, daß von wirtschaftlichem Kredit der Welt keine Rede sein werde, vermag ebensowenig in die Hirne der „Reinsager“ einzudringen, wie ein Lichtstrahl in Erz. Das Erste, das Deutschland tun muß, ist ... Kaltern zu bauen, so schloß eine deutschnationale Frau in Freienwalde ihre Diskussionsbemerkungen gegen mich. Lebhafter Beifall ihrer freilich nicht zahlreichen Freunde ward ihr zuteil. Und im übrigen ist das A und O aller Ausführungen: Freie Wirtschaft.

Der Inhalt der Vorschläge der Sachverständigen ist kurz zusammengefaßt folgender: Wenn Deutschland leisten soll, so ist das nur möglich bei einer restlosen Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftshoheit. Zu diesem Zweck sind die dem entgegenstehenden Maßnahmen rückgängig zu machen oder zu ändern. Das ist die erste Voraussetzung um den deutschen Reichshaushalt auszugleichen, die Währung dauernd zu stabilisieren und den inneren und äußeren Kredit Deutschlands wiederherzustellen.

Der Reichshaushalt Deutschlands kann nur im Gleichgewicht gehalten werden, wenn die geforderten Leistungen sich im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit halten. Die Sanierung der Staatsfinanzen muß durch Ausschöpfung aller Steuer- und Einnahmequellen versucht werden; die Sanierung der Währung soll durch eine neue Notenbank geschehen. Wenn all das geschehen ist, kann im ersten Normaljahr nach fünf Jahren Deutschland voll leisten. Bis dahin sollen die Leistungen 1 Milliarde, 1,2, 1,2, 1,750 und dann 2,5 Milliarden betragen. Als Einnahmequellen für die Reparationsleistungen sind vorgesehen: die späteren Ueberschüsse des Reichshaushalts, die Erträge der Eisenbahn, die in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln ist, deren Leitung jedoch in deutschen Händen bleibt, eine besondere Verkehrssteuer und Erträge der Industrie.

Die Industrie soll mit einer Hypothek von 5 Milliarden Godmart belegt werden, deren Verzinsung als Reparationsleistung dient.

Das im allerwesentlichsten die Vorschläge der Sachverständigen. Einstimmig, also mit Zustimmung der französischen Vertreter, sind sie gemacht worden. Zum ersten Male hat wirtschaftliche Vernunft gesprochen. Weil das der Fall, haben sowohl der Reichsverband der deutschen Industrie wie der Zentralverband des Großhandels sich auf den Boden dieser Vorschläge gestellt, d. h. die Kreise, die bisher der Leistung widerstrebt haben, bis die Gesamtverpflichtungen Deutschlands feststanden, haben nun auch erkannt, daß Einsicht auch auf deutscher Seite vonnöten ist, um zu einer Regelung zu kommen, bei der Deutschland wieder ausleben kann.

Die Sachverständigen haben festgestellt, daß Zahlungen nach außen nur aus dem Ueberschuß der Wirtschaftsbilanz bewirkt werden können. Die geht es also zu einer möglichst aktiven zu gestalten. Und das führt uns zu der im Wahlkampf immer und immer wieder erörterten Frage, ob das durch eine freie oder eine mehr oder minder gebundene Wirtschaft möglich ist. In der Agitation von rechts wird die Not unserer Zeit auf das Herrschen marxistischer Grundsätze zurückgeführt. Dabei wird unsere Wirtschaft ausschließlich vom

Erwerbstrieb und dem Gewinnstreben angetrieben. Das, was dem einzelnen am meisten materiellen Vorteil verspricht, wird von ihm getan, auch wenn es volkswirtschaftlich das Verheerendste ist. Die Einzel- und die Privatinteressen gelten und nicht die Rücksichten auf das Allgemeinwohl. Soziale Interessen müßten zurücktreten zugunsten der Geltung des Individualismus. Dieser auf das rein Profitliche gerichtete Geist hat in den letzten Jahren gegolten, d. h. die Grundzüge der bürgerlichen Wirtschaftslehre und kein marxistischer, kein sozialistischer Geist. Der hat die aus dem verlorenen Kriege erwachsene Not gesteigert. Die Annahme, daß die Durchführung der Grundzüge, die durch ihre Geltung in der Wirtschaft ein so gerüttelt Maß von Schuld an der traurigen Lage des deutschen Volkes bewirkt haben, uns aus dieser traurigen Lage würde herausheben können, ist eine geradezu utopische. Freie Wirtschaft muß zur Ausbeutung des Volkes führen, und zwar zu einer um so intensiveren, je größer die auf einer Wirtschaft ruhenden äußeren Lasten sind.

In welchem Kreis gehört das Kreuz?

Auf den amtlichen Wahlzetteln steht die Vereinigte Sozialdemokratische Partei in Berlin (Crispien-Primmann) an erster Stelle (oben links) in Potsdam II (Teltow-Beeslow: Zubeil-Vernstein) an zweiter Stelle (oben Mitte) in Potsdam I (Niederbarnim: Wissell-Vreitscheid) an dritter Stelle (oben rechts).

Da bekommt den amtlichen Wahlzettel im Wahllokal vom Bureau (nur der amtliche Zettel ist gültig). Dann geht Du in die Wahlzelle, machst Dein Kreuz, steckst den Zettel in den Umschlag und gibst ihn ab.

Bleibst mitnehmen! Wer eine Brille nicht vergessen!

Was sind diese Lasten anders als die Wegnahme eines Teiles der Gütererzeugung. Im Falle der Reparationsleistungen eine Wegnahme zugunsten der deutschen Gläubiger. Ob diese Wegnahme direkt geschieht oder durch Steuern erfolgt, ist ganz einerlei: Geschicht's direkt, sucht der Unternehmer den Ausfall durch Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer bis zu dem nur irgend zu erreichenden Ausmaß weitzumachen. Und wenn es durch Steuern geschieht, sucht der Erzeuger die auf ihn entfallende abzuwälzen oder, wenn das nicht möglich ist, durch Steigerung der Preise auch bis zu dem nur irgend zu erreichenden Ausmaß auszugleichen. Beides bedingt eine größere Belastung der arbeitenden Schichten.

Unsere Wirtschaft hat bisher noch nicht den technisch-organisatorisch höchsten Wirkungsgrad erreicht. Der ist durch Verlängerung der Arbeitszeit auch nicht zu erreichen, denn die bewirkt keine ihr entsprechende Steigerung der Gütererzeugung. Dieser Steigerung ist nur zu erreichen durch Ausnutzung der technisch-organisatorischen Verbesserungsmöglichkeiten. Bisher erfolgte sie nicht.

Wir haben in letzter Zeit einen Abbau so außerordentlich vieler Beamten, Arbeiter und Angestellten erlebt. Dieser Abbau ist motiviert worden mit der Notwendigkeit der Ausschaltung aller für die Produktion und Leistungsfähigkeit eines Betriebes nicht absolut gebotene Faktoren. Wie viele solcher Faktoren aber sehen wir nicht noch in unserer Wirtschaft! Die Verhältnisse, in denen die einzelnen Faktoren der Wirtschaft vor dem Kriege zueinander standen, sind ganz außerordentlich stark verschoben. An der Verteilung der gegenüber der Vorkriegszeit so wesentlich geringeren Warenmenge beteiligt sich heute eine ganz wesentlich größere Personenanzahl als früher. Diese Personen zehren, ohne direkt produktiv tätig zu sein, an der Volkproduktion! Hier liegt eine wesentliche Ursache der hohen Preise. Allein durch eine zweckmäßigere Warenverteilung ließe sich ein erheblicher Preisabbau erzielen. Und er ließe sich auch erreichen, wenn das Streben nach einer Steigerung der Produktion und der Verbilligung derselben und das Streben nach technisch-organisatorischer Verbesserung der Wirtschaft nicht an den Toren der einzelnen Unternehmung halt machte.

Was für die einzelne Unternehmung für den Unternehmer als selbstverständlich gilt, das sollte verstärkt für das ganze Unternehmen der drohen deutschen Volkswirtschaft gelten. Hier die unproduktiven Faktoren ausmerzen, Zusammengehöriges zusammenzufassen und rationell gesamtwirtschaftlich zu arbeiten, würde Deutschland wesentlich stärken können. Wie in einem einzelnen Unternehmen jeder Teil sich dem Rahmen der Gesamtheit einzupassen hat, an die Interessen des Gesamtbetriebes gebunden ist und parti-

kularistischer Geist nicht aufkommen darf, so muß auch in der Gesamtwirtschaft Deutschlands jeder einzelne Teil derselben sich den Gesamtinteressen unterordnen. Die Freiheit, das Einzelinteresse hat seine Grenze, wo es mit den Gesamtinteressen in Kollision gerät. Freiheit im einzelnen, aber Bindung an das Allgemeininteresse. Nicht Freiheit der Wirtschaft, sondern ihre Bindung an die Pflicht den sozialen Interessen des ganzen Volkes zu dienen, das muß die Lösung der nächsten Zeit sein. Weil sich aus dem Sachverständigengutachten beginnende wirtschaftliche Einsicht und Vernunft ergibt, dürfen wir selbst sie nicht vermissen lassen.

Streichung der alliierten Schulden?

Schwenkung des amerikanischen Finanzkapitals. London, 2. Mai. (WTB.) Daily Telegraph berichtet aus New York, daß die National City Bank, das größte Finanzinstitut in den Vereinigten Staaten, öffentlich gemeinsam mit anderen finanziellen und kaufmännischen Unternehmungen für die Verminderung bzw. Streichung der alliierten Kriegsschulden an Amerika eintritt. In ihrem Monatsbericht weist die Bank die Amerikaner darauf hin, daß die Annahme des Reparationsplans der Sachverständigen ein formelles Ersuchen von Seiten Europas um Verminderung der Schuld an die Vereinigten Staaten nach sich ziehen werde, und daß die Amerikaner bereit sein müßten, eine Antwort zu erteilen. Der Bericht betont, daß der Sachverständigenplan eine wesentliche Verminderung der Reparationssumme bedeute.

Die Erklärungen der National City Bank, die hier als Vorkühlerin der maßgebenden Kreise des amerikanischen Finanzkapitals auftritt, sind außerordentlich charakteristisch für den Stimmungsumschwung, der sich jetzt in den Vereinigten Staaten vollzieht. Die Zurückhaltung, die bisher von den maßgebenden Politikern der Vereinigten Staaten in der Reparationsfrage geübt wurde, ging vor allem darauf zurück, daß das amerikanische Finanzkapital die Ausrollung der interalliierten Schuldfrage fürchten. Angesichts des ungeheuren Einflusses der Bankmagneten auf die amerikanische Politik zogen sich die offiziellen Regierungsvertreter bei allen bisherigen Versuchen einer gemeinsamen Regelung der Reparationsfrage auf den Standpunkt der Nicht-einmischung zurück. Jetzt jedoch, nach der Ausarbeitung des Sachverständigenberichtes, scheint diese Phase der amerikanischen Politik ihrem Ende entgegenzugehen. Die Tatsache, daß die führenden Bankleute Amerikas sich auf eine Erörterung der interalliierten Schuldfrage einzulassen anfangen, weist darauf hin, daß auch die amerikanische Politik von ihrem bisherigen Standpunkt der „Nichteinmischung“ in die europäischen Angelegenheiten nicht mehr lange festzuhalten gedenkt. Dieser Umstand kann für die Lösung der Reparationsfrage wie für die weitere Entwicklung der europäischen Politik von entscheidender Bedeutung werden.

Keine neue deutsche Note.

Entgegen einer Meldung der „Times“ vom 28. April 1924 erfährt Wolffs Telegraphisches Bureau, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtigt, aus Anlaß der Antwortnoten der alliierten Regierungen an die Reparationskommission zu Einzelheiten des Sachverständigengutachtens in einer neuen Note Stellung zu nehmen.

London, 2. Mai. (WTB.) Einer Agenturmeldung aus Tokio zufolge hat die japanische Regierung beabsichtigt, an der Errichtung der geplanten deutschen Währungsbank teilzunehmen und durch Verkauf von Borsgeld im Auslande der Einlösung der Bank von England, sich mit 500 000 Pfund zu beteiligen, stattzugeben.

Der belgische Besuch in London.

London, 2. Mai. (WTB.) Der Brüsseler Korrespondent der „Times“ schreibt, der Besuch der belgischen Minister in London und sein Einfluß auf die internationale Lage habe gestern nachmittag das Hauptgesprächsthema in den Wandelgängen der belgischen Kammer und des belgischen Senats gebildet. Wenn auch die Minister erklärt hätten, sie kämen nicht als Vermittler zwischen Großbritannien und Frankreich zum britischen Premierminister, so sei doch die allgemeine Ansicht, daß sie in der Lage sein könnten, den französischen und den britischen Standpunkt über derzeit wichtige Fragen, wie die Befreiung des Ruhrgebiets, zu versöhnen. Für Belgien sei die Befreiung des Ruhrgebiets stets Mittel und nicht Zweck gewesen. Die belgischen Truppen würden nicht einen Tag länger als notwendig im Ruhrgebiet bleiben. Sobald greifbare Garantien durch Deutschland gegeben worden seien, und zwar hauptsächlich Garantien makroökonomischen Charakters, werde das augenblickliche Regime im Ruhrgebiet radikal verändert werden. Es bestehe kein Zweifel, daß Clemens und Symans hoffen, MacDonald zu zeigen, daß Großbritannien eine große Rolle bei der Herbeiführung der gewünschten Veränderung spielen könne. Das Problem der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, wie sie von den Sachverständigen geplant sei, werde sicher in Chequers aufgeworfen

werden, ebenso die Fragen der interaktierten Schulden und der geplanten deutschen auswärtigen Anleihe wie die Wirterschaft der Vereinigten Staaten bei der wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas, die Belgien für so gut wie unmöglich halte.

"Daily Chronicle" führt in einem Leitartikel aus, der Besuch der belgischen Minister in Paris, London und Rom stelle einen endgültigen und sehr lobenswerten Versuch der belgischen Regierung dar, zwischen ihren drei Hauptalliierten eine Vereinbarung über den Dawes-Bericht zustande zu bringen. Bei Erwägung dessen, was angeboten werden könne, um Poincaré zu befriedigen, der sich vielleicht nach den französischen Wahlen etwas weniger unerschrocken zeigen werde, dürfe man gewisse bestimmte Tatsachen nicht vergessen. Der Dawesplan könne ohne die vorgesehene internationale Anleihe nicht durchgeführt werden und das Geld dafür werde niemals gezeichnet werden, wenn nicht die Kapitalisten in der ganzen Welt konkrete Versicherungen erhalten, daß Frankreich seine willkürlichen Eingriffe in das deutsche Wirtschaftsleben aufgibt und sie nicht wiederholen wird.

### Sollmann über das Gutachten.

Adm. 2. Kol. (Wst.) Reichsminister a. D. Sollmann beschäftigte sich in einer Versammlung in Koblenz am Dienstag eingehend mit dem Gutachten der Sachverständigen. Er betonte, das Gutachten müsse als Verhandlungsgrundlage dienen, aber man solle es im Zustand nicht so hinstellen, als müsse Deutschland vor Dankbarkeit denen die Hände küssen, die das Dokument überreichten. Schließlich seien es doch die härtesten Bedingungen, die jemals einem besiegten Volke auferlegt worden wären. Die Jahressumme von 2,5 Milliarden beträgt 400 Millionen Mark mehr, als das große und wohlhabende Reich vor dem Kriege für Heer, Marine und Schuldendienst ausgegeben hat, und 1100 Soldatinnen mehr, als die Reichswehr, Kriegsbeschädigtenfürsorge und Schuldendienst des verarmten Reiches insgesamt im Jahre 1924 ausmachte. Trotzdem wird die Sozialdemokratie im Reichstag alles dafür einsehen, um die Verständigung auf Grund des Gutachtens herbeizuführen; denn

es gibt keinen anderen Weg.

Man soll aber die ungeheuren Lasten nicht verkleinern, die das Gutachten für Deutschland bringt. Die Vorschläge der Sachverständigen enthalten zudem auch eine schwere Belastung der breiten Massen. Man müsse

einen Reichstag schaffen, der endlich auch den Befehl zum Steuerzählen bringt.

Die Sozialdemokratie verlangt von Frankreich, daß es Klarheit gibt, ob es durch Reparationen befriedigt ist und welche Sicherungen es am Rhein beansprucht. Auf den Gedanken, das Rheinland vom Reiche loszulösen, muß Frankreich verzichten; darin sind sich deutsche und französische Sozialisten vollkommen einig. Jede Hoffnung französischer Imperialisten auf die rheinischen Arbeiter ist zwecklos. Die Abneigung gegen den Separatismus ist bei Sozialdemokraten und Kommunisten schärfer denn je. Alle Erfüllungspolitik ist auf Verständigung mit Frankreich, aber auch auf die Einheit des Reiches und die Befreiung der Rheinlande gerichtet.

### Erleichterung am Geldmarkt.

Die Effektenbörse eröffnete heute wieder in ziemlich feierlicher Haltung. Das Ausbleiben von Spekulationen und Rohverkäufen veranlaßte die Baissespekulation, an die allmähliche Deckung ihrer ziemlich bedeutenden Engagements heranzugehen. Es lagen außerdem einige Kaufaufträge aus der Provinz und aus dem Ausland vor. Diese günstige Konstellation des Marktes prägte sich in ziemlich lebhaftem Geschäft besonders auf dem Petroleummarkt aus. Die Geldmarktlage zeigt ebenfalls eine gewisse Erleichterung. Man nannte für tägliche Geld Sätze von 1 1/2 pro Mille und darunter. Für Monatszettel 4—4 1/2 Proz. monatlich. Gegen Schluß der ersten Börsensunde zeigte jedoch eine neue Abschwächung auf der ganzen Linie ein. Es traten wieder Insolvenzzwecke auf, die der Spekulation weitgehende Zurückhaltung nahelegten.

### Der Apostel der „Nicht-Gewalt“.

Unter der Überschrift „Das Martyrium der russischen Schriftsteller und Künstler“ von Andrei Lewinsohn erschien in der Pariser „Comœdia“ unter anderen folgende Neuerung:

„Während der russische Gedanke und das russische Genie den ekelhaften Reich trinken, schlafen die Intellektuellen Europas im Delirium. Sie haben sich an die Leiden der anderen gemöhnt. Aber es gibt etwas Schlimmeres als die Gleichgültigkeit: die Mißgunst. Als wir noch auf Sonjebgebied verweilten, fanden wir im „Wessentlichen Anzeiger“ Petrograds — der einzigen legalen Informationsquelle — die Biße unserer Brüder und Freunde, Schriftsteller und Universitätsangehörigen, die nach unglücklichen Duellen erschossen wurden, platziert. Darunter zehn oder zwölf Kolonnen Texte aus Romain Rolland und Barbusse, als vornehmliche Referenz und höchstes Argument der Scharfrichter. Sie bedienten sich der bürgerlichen und utopistischen — gemäß gut gemeinten — Bredamtheit der zwei Schriftsteller, womit wir, um das Talent und die Redlichkeit zu ehren, einverstanden sind, als Trommelwirbel zu der Hinrichtung, um das Schreien der Opfer zu ersticken.“

Darauf sendete Romain Rolland an Herrn Lewinsohn folgenden Brief:

„Ich lese heute morgen in der „Comœdia“ vom 12. April in einem von Ihnen gezeichneten Artikel, daß man sich in Petrograd meines Namens bedient, um Verfolgungen gegen Schriftsteller und Künstler Russlands zu rechtfertigen. Wenn dem so ist, ist es eine große Unverschämtheit. Ich bin darüber nicht erstaunt. Ich bin an die Verleumdungen aller Regierungen, die des Weltens inbegriffen, gewöhnt. Seit zehn Jahren sehe ich, wie mir von dem Fabrikanten der Meinung, in den alliierten sowie in den deutschen Ländern, veräusliche und verstümmelte Gedanken und Worte entlehnt werden. Ich wundere mich nicht, daß die Herren des Tages in Russland dieselben Mittel benötigen, um ihr Geld kurrent zu machen wie die von Paris mit gegenüber und die von London dem edlen E. D. Morel gegenüber.“

Aber ich wundere mich, daß bei einer Pariser Zeitschrift, deren Direktor (Monsieur Gabriel Alphonse) meine Schriften kennen mußte, da er sie als delegierter Verwalter des Verlages Ollendorff veröffentlicht hat, solche Konfusionen vorkommen. Sie könnten wissen, Herr Lewinsohn, daß mein Name seit vielen Jahren die Verteidigung der Selbstfreiheit symbolisiert.“

„Ich habe die „Erklärung der Unabhängigkeit“ aufgeworfen und sie von allen freigeistigen Intellektuellen Europas unterzeichnet lassen, und ich habe nie aufgehört, für diese Freiheit zu kämpfen; besonders in langen und sehr lebhaften Pressepolitiken mit Barbusse, die überall in Europa veröffentlicht wurden. Sie brachten mir die Verdamnung der Organe der französischen Kommunisten, der „Clarté“, der „Humanité“, und (in den Seiten dieser Zeitung) des Generalissimus Trotzki selbst.“

Sie sollten wissen, daß der Autor von „La Vie de Tolstoi“ und Mahatma Gandhi der erste europäische Schüler des großen Epikheurs der Nicht-Gewalt ist, daß er es immer war und immer sein wird. Daß er auf der Seite aller Verfolgten gegen alle Verfolger, aller

### Die Deutschnationalen am Dranger.

Geran an die Futtertrippe — egal, was es kostet!

Die Parteileitung der Deutschnationalen hat jahrelang den Enttäuschungsummel gegen die Erfüllungspolitik geführt. Sie hat den Wahlkampf ganz auf die nationalistische Phrase eingestellt: Schluß mit der Erfüllungspolitik. Sie hat in offiziellen Erklärungen das Gutachten der Sachverständigen als zweites Versailles abgelehnt. Sie schickte Hefflerich mit einer Artikelserie gegen die Gutachten vor, aus der hervorgehen sollte, daß die Annahme der Vorschläge gleichbedeutend sei mit einer Verflämung Deutschlands.

Diese selbe deutschnationale Parteileitung erklärt jetzt, nur wenige Tage nach dem Tode Hefflerichs, daß sie bereit ist, die Erfüllungspolitik mitzumachen, wenn sie nach den Wahlen an der Regierung beteiligt wird. Mit einer verschleierten Erklärung in der „Kreuzzeitung“ begann es. Es folgte ein Artikel des Herrn Baedeker in der „Deutschen Tageszeitung“, der schon nicht mehr zweifelsfrei war. Dann kam die Rede Westarps, die die „Kreuzzeitung“ vergebens umzudeuten versuchte. Und nun tritt auch noch Herr Hergt auf den Plan, der sich während des Krieges mit seiner Erklärung über die Amerikaner unsterblich machte. Er hat sich am 26. April in Grünberg i. Schl. vor seinen Parteigenossen eifrig für die Erfüllungspolitik eingesetzt.

Damit enthüllen die Deutschnationalen ihre beinahe verbrecherische Gewissenlosigkeit. Jahrelang haben sie die Erfüllungspolitik mit scheinbar fanatischem Haß bekämpft, lediglich um den „marxistischen“ Regierungen Knüppel vor die Beine zu werfen. Jahrelang haben sie die Verständigung sabotiert, haben das deutsche Volk in das Unglück der Inflation und der Ruhrbesetzung geführt, nicht, weil sie überzeugt waren, daß es einen anderen Weg gäbe als die Erfüllungspolitik, sondern lediglich, weil sie nicht die erste Rolle spielten. Sie haben aus brutalem Egoismus den deutschen Michel an den Abgrund gezerrt. Wenn etwas Vaterlandsverrat ist, so ist es diese Haltung der „nationalen“ Heiden von der nationalistischen Phrase.

Aber die Deutschnationalen stehen nicht allein da. Die „nationalen“ Diktatoren um Claß schlagen tapfer in dieselbe Kerbe, nachdem sie vorher ebenso tapfer die Trommel für den großen „Befreiungskampf“ gerührt haben. Der bekannte Herr von Sodenstern wird in der „Deutschen Zeitung“ vorgeschickt, um die deutschnationalen Kampfverbände ein wenig plötzlich für eine Koalition mit dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei zu begeistern. „Im Erkennen des Möglichen liegt die Kunst der Politik“ so philosophiert er und sagt:

„Da nach aller Voraussicht im kommenden Reichstage keine Partei so stark sein wird, daß sie die Regierung allein bilden kann, so muß man damit rechnen, daß zunächst zwei oder gar drei Parteien oder Parteigruppen sich in die Rechte teilen.“

Damit lüftet auch Herr Claß, der Führer des alldeutschen Verbandes, den Schleier. Den Herren um Westarp, Hergt und Claß war der gesamte nationale Kummel nichts anderes als Mittel zum Zweck. Vah! sie an die Futtertrippe heran, die Westarp, Hergt und Claß, und sie werden ebenso brave Erfüller sein wie nur je einer dieser als Vaterlandsverräter verfahrenen „Marxisten“!

Was werden die Deutschnationalen zu diesem Umfall sagen? Reinhold Wulle, der auch in seiner Partei viel umstrittene, gab sich in einer Steglitzer Versammlung nicht ganz zu erkennen. Er führte nach einem Bericht des „Köln-Anzeiger“ aus:

„Das Ministerium Brandenstein in Weidenburg werde von den Volkischen gestürzt werden, weil es für die Unterhandlungen über das Sachverständigen Gutachten eingetreten sei. Und wenn wir die beiden des besetzten Gebietes durchmachen müßten, Deutschland dürfe seine Zukunft nicht vernichten. Einen Krieg könne Deutschland nicht führen. Die Deutschnationale Partei wüßte keine Kriegspolitik. Sie wüßte Befundung im Innern.“

Das ist für einen Reinhold Wulle eine außerordentlich

gemäßigte Sprache, die zu verschiedenen Vermutungen Anlaß gibt. Anders das Organ v. Graefes, die „Möckener Warte“. Sie bringt eine drei Spalten lange Abrechnung mit den Deutschnationalen, die sie Schänder der deutschnationalen Scharferei nennt und deren sie attestiert, daß sie in punkto Gemeinheit den Vogel abgeschossen haben. Das Auftreten der Deutschnationalen habe sich als eine höchste, gemeine Farce erwiesen, als ein Betrug der Wählerschaft.

Und darin muß man dem Blatt Graefes, dessen gute Beziehungen zu Hitler und Ludendorff bekannt sind, recht geben. Die Spekulation der Deutschnationalen ist klar. Daß Erfüllungspolitik getrieben werden muß, wissen sie zwar zu genau. Ihr unerhliches und gewissenloses Manöver hat lediglich den Zweck, die Massen zu sich herüberzuziehen, um ihnen nach den Wahlen die große Last der Steuern aufzuhalsen.

### Heinze gegen Stresemann.

Was ist die Deutsche Volkspartei?

Der besonders durch seine Tätigkeit als Reichskommissar in Sachen bekanntgewordene frühere Reichsjustizminister Dr. Rudolf Heinze, Mitglied der Deutschen Volkspartei, veröffentlicht im „Tag“ einen Artikel, der den Anschein erweckt, als ob er sachlich die Politik der Volkspartei darlege, in Wirklichkeit aber eine Polemik gegen die Politik Stresemanns darstellt. Heinze wehrt sich gegen den Gedanken, daß die Volkspartei etwa eine republikanische Partei geworden sei und sagt dazu:

Da muß mit aller Bestimmtheit darauf hingewiesen werden, daß die Deutsche Volkspartei nach dem Zusammenbruch in bewußtem Gegensatz zur Demokratie gegründet worden ist. Gewisse linksgerichtete Kreise suchen diese Tatsache in Bergessenheit geraten zu lassen, indem sie mit großem Geschick alle die Punkte hervorheben, wo die Deutsche Volkspartei mit der Demokratie tatsächlich zusammengekommen ist. Dadurch wird der Eindruck erweckt, daß der Unterschied zwischen den beiden Parteien sich immer mehr ausgleiche, daß letzten Endes auch die Deutsche Volkspartei republikanisch-demokratisch-parlamentarisch geworden sei. Dem ist nicht so. Ueber gewisse vorübergehenden tatsächlichen Maßnahmen, darf man nicht übersehen, daß die Deutsche Volkspartei im Keime heute dieselbe ist, wie sie zurzeit ihrer Gründung war. Ein wesentliches Merkmal für die Bestimmung der Parteien, ist ihre Stellung zur Staatsform. Die Deutsche Volkspartei hat in der Nationalversammlung gegen die Verfassung gestimmt, weil die extreme parlamentarische Demokratie ihr nicht den genügenden Halt für das Reich zu bieten schien. Die Dinge haben ihr schneller Recht gegeben, als sie selbst damals glaubte. Die Art, wie der Reichstag sich selbst keine Macht und seiner Pflichten entleert hat, und wie er dann auseinandergegangen ist, lassen eine steigende Aenderung der Verfassung zur gebieterischen Forderung werden. Die Verfassung muß von radikalen Konstruktionen befreit und nach Gedanken umgebaut werden, die den Lebensströmen und Lebensbedingungen der Nation besser gerecht wird als die Weimarer Verfassung das tut.

Nachdem er so Anträge auf Abänderung der Verfassung angekündigt, verlangt Heinze weiter, daß der Rest der Zwangswirtschaft aufgelöst, die „Arbeitskraft gesteigert“ werde! Vor allem verlangt er eine „vernünftige Neubildung von Kapital“ und die Befreiung der Volkswirtschaft von Einflüssen der Kapitalfeindschaft. Im Gegensatz zu seinem Fraktionsführer Stresemann fordert Heinze weiter, daß dem Gutachten der Sachverständigen mit äußerster Vorsicht entgegengetreten und ihnen „nicht übereilt zugestimmt“ werde.

Um sich ein ganz besonders gutes Ansehen zu geben, versichert Heinze, es seien jetzt schon Bestrebungen im Gange, um die Volkspartei wieder in eine große Koalition zu laden. Nach den Erfahrungen vom letzten Herbst würden diese Bestrebungen keinen Erfolg haben, denn die Kluft zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokratie sei nicht zu überbrücken.

Diese Sorge um die Zukunft kann Heinze sich wirklich sparen, trotzdem er Reichskommissar in Sachen gewesen ist. Er sollte erst mal die Zusammensetzung des Reichstags abwarten und dann sehen, ob die Volkspartei überhaupt noch nach der einen oder der anderen Seite hin koalitionsfähig verblieben ist.

jener, die leiden, gegen alle jene, die sie leiden machen, ohne Unterschied der Rasse, der Religion und der Nation ist.

Denn jetzt sind überall Scharfrichter und überall Opfer. Und für mich gibt es bloß ein Vaterland: Die Menschheit.

Immer wenn man meinen Namen verlangt hat, um unschuldig Bedrohten zu Hilfe zu kommen, oder freien, unterdrückten Geistern (sei es Toller oder Unamuno) habe ich ihn hergegeben. Es ist nicht einmal nötig, mich darum zu bitten, man kann gewiß sein, daß ich im voraus die Sache aller Märtyrer unterschreibe.

Dies darf aber die Klarheit nicht verdunkeln. Eine mannhafte Intelligenz nimmt das Recht in Anspruch, jede Größe zu bewundern, auch die feindliche.

Ich bewundere die russische Revolution, wie ich die französische bewundere, trotz ihrer blutigen Ausschüßte, der verhängnisvollen menschlichen Seite.

Aber ich habe keinerlei Grund, die düsteren Massaker dieser zwei Revolutionen mehr zu verachten als die Schlächtereien des Weltkrieges, der schlechter ist als jede Revolution, und den ich für den Vernichter jeder Zukunft halte.

Ich rechne darauf, daß Sie und die „Comœdia“ unparteiisch diese Antwort vollständig und ohne Kürzung in den Seiten der Zeitung, wo Ihr Artikel erschienen ist, drucken werden.

Romain Rolland.

### Vom Baumstamm zum Möbel.

Den Zug ins Gigantische, das Kennzeichen des modernen Großbetriebes, hat man bisher in der deutschen Holzindustrie vergeblich gesucht. Die Scheidung zwischen Sägewerk und weiterer Holzverarbeitung ist allgemein üblich und in der Möbelindustrie ist der Mäkel- und Kleindetrieb noch durchaus vorherrschend. Nur sehr vereinzelt trifft man in dieser Industrie den weitblickenden Industriellen mit kaufmännischem Geist, der revolutionierend in die herkömmliche Betriebsweise eingreift. Ein solcher musterhafter Großbetrieb sind die Hoffatia-Werke, Reumanns Holzbearbeitungsfabriken in Allona-Dittensen, der am 30. April im Künstlerhaus einem geladenen Publikum im Film vorgeführt wurde.

Das Problem der vertikalen Betriebsgliederung ist in diesem Unternehmen für die Holzindustrie gelöst. Die Holzverarbeitung beginnt beim rohen Baumstamm, der durch Gatterläden in Bretter zerlegt wird, die nach sorgfältiger Pflege zur Weiterverarbeitung reif werden. Die äußere Haut des Möbels, die durch ihre Farbe und Maserung das Auge erfreut, besteht aus dünnen Tafeln von Edelholz, die bis herab zu ein Zehntel Millimeter Stärke in interessanten Arbeitsprozessen im Furnierwerk hergestellt werden. Ein sehr wichtiges Material des Tischlers ist der Veim, von dessen Bindekraft das Gelingen der Tischarbeit in hohem Maße abhängt. Die Hoffatia-Werke stellen ihren Veim in der eigenen Fabrik her, ebenso wie die Beizen und Pasturen, die für die letzten Vollendungsarbeiten erforderlich sind. Neben den üblichen Tischlermaschinen werden in dem Betrieb eine Menge von Spezialmaschinen für die Holzbearbeitung verwendet. Bemerkenswert ist die Schwalbenschwanz-, Flügel- und Beilmaschine, die selbsttätig die zu verteilenden

Bretter an die Längsseite mit einer schwalbenschwanzartigen Feder und einer entsprechenden Rute versteht, sie mit Veim bestreicht und ineinander schiebt, so daß eine untrennbare Verbindung entsteht. Durch die Ausnutzung eigener Laubmoore sind die Hoffatia-Werke unabhängig von der Kohlenlieferung. Die Schöpfer und Befehlshaber für die Möbel werden in einer eigenen Fabrik hergestellt, ebenso gehört zu dem Betrieb eine eigene Glaschleiferei und Spiegelbeleganstalt, welche die mannigfachen für die Möbelherstellung erforderlichen Gläser liefert. Kurzum, die Hoffatia-Werke sind ein in Deutschland einzigartig bestehendes Unternehmen, in dem der Fachmann viel Interessantes sehen kann, das aber auch dem Laien eine Fülle von Belehrung bietet.

Die Darstellung von Betriebseinrichtungen und -vorgängen im Film ist eine Aufgabe, die besondere Geschick erfordert. Die „Industrie-Artistengesellschaft“ hat die ihr gestellte Aufgabe glänzend gelöst. Der Film ist technisch recht gut gelungen. Der Titel des Films: „Vom Baumstamm zum Möbel“ ist richtig gewählt, denn tatsächlich sieht man auf der Leinwand die verschiedenartigen Einrichtungen, denen das Holz auf dem Wege vom Baumstamm bis zum fertigen Möbel unterzogen wird. Besonders Interesse erregen einzelne Bilder wie die Arbeit in der Bildhauerwerkstätte oder die Entstehung einer Intarsia. Heiterkeit erweckt der am Schluß gezeigte Trickfilm. Die Hoffatia-Werke fertigen, besonders für den Export nach Uebersee, Möbel, die in weitgehendem Maße auseinandergenommen und leicht zusammengepackt werden können. Im Bilde werden die Möbelteile gleichzeitig aus der Werkstätte aus der Packkiste befördert und im Ru aufgebaut. m. k.

Der Erfinder der Kunstseide gestorben. Graf Hilaire de Chardonnet, der Erfinder der künstlichen Seide, ist vor kurzem in Paris gestorben. Wie in der „Nature“ in einem Nachruf mitgeteilt wird, wurde er durch die Pariserischen Arbeiten über den Seidenmurmung ganz zufällig dazu angeregt, sich ebenfalls mit diesem Tier vom biologischen Standpunkt aus zu beschäftigen, und dies Studium brachte ihn dann auf den Gedanken, die Arbeit des Seidenwurmes durch künstliche Herstellung zu ersetzen. Die wesentlichen Punkte seiner Erfindung wurden von ihm in einer Beschreibung niedergelegt, die er 1884 der Pariser Akademie der Wissenschaften vorlegte zur Aufbewahrung übergeben. Im Jahre 1889 führte er dann sein Verfahren auf der Pariser Ausstellung vor und es erfolgte die Gründung einer Gesellschaft, die die industrielle Ausnützung der Erfindung in die Hand nahm.

Causpacher in der Kirche. In der Westminster-Abtei in London hat man jetzt zur Verbesserung der Akustik im Gottesdienst den Causpacher eingeführt, und zwar mit außerordentlichem Erfolg. Die Kirchenbesucher, die sich am Oftertag in der Kirche versammelt hatten, stellten mit Freuden fest, daß man auch in den verödenen Winkel der Kirche die Worte des Predigers mit einer Deutlichkeit hörte, die man bisher vermehrt hatte. Auf der Kanzel war ein Mikrophon aufgestellt, und Schallverstärker vermittelten die Stimme des Geistlichen den Causpachern, die auf dem Chor und in den Seitenschiffen und südlichen Ecken der Kirche aufgestellt waren.

# Ludendorff und der „Vorwärts“.

## Die entlarvte Dolchstoßlüge.

Zum Fall Ludendorff-„Vorwärts“ äußert sich jetzt auch die „Bosnische Zeitung“. Ludendorff hatte bekanntlich den „Vorwärts“ beschuldigt, er habe die „Widerstandskraft des Kriegskabinetts gebrochen“ durch seine Erklärung vom 20. Oktober 1918, Deutschland solle seine Kriegslage für immer streichen, ohne sie das letzte mal siegreich heimgebracht zu haben. Die „Bosn. Ztg.“ schreibt dazu:

Man beachte das Datum. Der Artikel ist erschienen, nachdem der militärische Zusammenbruch durch des Generals Ludendorff überstürzte ultimative Forderung nach sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen dem ganzen enttäuschten deutschen Volke offenbar gemorden war. Aber weiter: Der Artikel, aus dem dieser Satz herausgenommen ist, ist ein Appell und eine ernste Mahnung an den Feindbund, einen „weißen“ Frieden zu schließen, und ein Bekenntnis, einen gerechten Frieden deutscherseits auch ehrlich annehmen und auf Revanche nur der militärischen Niederlage, also eines Prestigeverlustes wegen verzichten zu wollen: um des Völkfriedens, um Europas, um kommender Generationen deutscher und französischer Menschen willen.

Der Sinn des Satzes ist also: „die Kriegslage für immer zu streichen, obwohl wir Deutschen im letzten aller Kriege die deutsche Kriegslage nicht siegreich heimgebracht haben“.

Wer können nur wiederholen: Es gibt kaum einen größeren Mißbrauch des Autoritätsglaubens und des Vertrauens in wissenschaftliche und journalistische Ehrlichkeit, als so zu klären, wie es in diesem Fall die „Süddeutschen Monatshefte“ getan haben.

Da sich Ludendorff gegen besseres Wissen den Schwindel der „Süddeutschen Monatshefte“ angeeignet hat, trifft dieses moralisch vernichtende Urteil auch ihn.

## Ein vernichtendes Dokument gegen OHL.

Dem Dolchstoßschwindel setzt in der Freiburger „Volksmacht“ unser Genosse Anton Hendrich einige neue Lichter auf. Er verweist darauf, daß niemand anders als die Oberste Heeresleitung, d. i. Ludendorff selbst, im Sommer 1918 bereits, als von der drohenden Novemberrevolution sicher noch nicht die Rede war, jene Denkschrift an den Reichstanzler gerichtet hat, die Ludendorff in seinen „Artikeln“ zitiert. In dieser Denkschrift vom 3. Juni 1918 gestand Ludendorff, vielleich ungemollt, die geradezu lebensgefährliche Lage des deutschen Feldheeres an. Ludendorff verlangte vom Reichstanzler eine bessere Auslandspropaganda und gleichzeitig eine schonungslose Irreführung des deutschen Volkes. Er verlangte, daß die schweren militärischen Niederlagen durch Wort, Schrift und Bild in ihr Gegenteil verwandelt würden. Zu dem Zweck möchte die Denkschrift einen raffiniert erdachten theoretischen Vorschlag einer großen „politischen Offensive“, die im schroffen Gegensatz zu der furchtbaren Lage des Heeres stand. Es sollte nämlich in Deutschland, nicht aus der Reihe der Passiven, sondern im Gegenteil aus den Kreisen des hohen Adels, der Großindustrie, früherer Staatsmänner uhm. eine Folge von systematisch organisierten, aber dem Feind nicht als ausgedachter Plan erkennbaren Friedenskundgebungen erfolgen. Ihr Zweck sollte sein, in den Augen des feindlichen Auslandes einen Druck auf eine friedenswillige deutsche Regierung auszuüben. Die Presse sollte aber durch geschickte Beeinflussung diese Einleitung zu einem deutschen Friedensangebot scheinbar verhindern. Mitteln in diese kunstreiche Aktion, von der angenommen wurde, daß sie das Ausland nicht durchschauen würde, sollte dann ein großer militärischer Schlag hineinplagen, so daß über alle feindlichen Staaten eine Art Lorchschuppent kommen und sie friedensgeneigt machen müßte. Der Reichstanzler jener Zeit, Graf Hertling, ließ sich auf diese im Fall des wahrscheinlichen Wählens sehr gefährliche Friedensdiplomatie nicht ein.

Im Gegensatz zu der von Ludendorff und der Obersten Heeresleitung vorgeschlagenen systematischen Täuschung des eigenen Volkes und der fremden Völker steht ein am 19. August 1918 von dem als Presseschef beim Reichstanzler antretenden Generalstabsoffizier verfaßte Darlegung, die den schlichten Titel führt: „Notizen zur Propagandafrage“. Hendrich gibt zum ersten Male aus diesem Schriftstück Teile bekannt. Ansicht des militärischen Donnerschlags von deutscher Seite war nämlich wenige Wochen nach der Abfassung der Denkschrift der Obersten Heeresleitung eine Katastrophe über das deutsche Heer hereingebrochen.

Das war der Gegenangriff des Generals Foch aus dem Wald von Billers-Cottierets, bei dem die Schwärme der neuen kleinen Tanks die dünnen Linien unserer erschöpften Truppen durchbrachen und sich als ein Kriegsmittel von größter Bedeutung erwiesen, denen wir bis zum Schluss des Krieges nichts gleichwertiges entgegenzusetzen vermochten“. Dann folgte Schlag auf Schlag.

Angehts dieser militärischen Lage weist der Presseschef des Reichstanzlers zuerst auf das „scharfe Verständnis für psychologische Fragen im Ausland“ hin und bemerkt dazu, daß „einzig wirklich entscheidende Propagandamittel sei für uns der stets wiederholende glaubhafte Nachweis unserer Unbesiegbarkeit, darüber hinaus wenn möglich der Nachweis, daß wir im gegenwärtigen Krieg die Sieger sein werden. Dieser Nachweis — so fährt die Denkschrift fort — ist dem Ausland nur glaubhaft zu machen, wenn wir im Inlande selbst daran glauben. Ueberzeugen wir aber nicht einmal das eigene Volk und die Bundesgenossen, so ist es geradezu sinnlos, im neutralen und feindlichen Ausland auf Glauben zu hoffen.“ Dann wird vorgelegt, wie die gesamte Auslandspropaganda mit den Ergebnissen unserer Innenaufklärungen steht und fällt, daß aber den Behörden fast kein Mensch mehr etwas glaube, am wenigsten, wenn sie amtlich aufmunternd sprächen“.

Es folgt nun mit steigender Wirkung die Schilderung der furchtbaren Enttäuschung der Bevölkerung durch den U-Boot-Krieg, durch die mißlungene Westoffensive, durch die Versprechungen vom sogenannten Ostfrieden, durch die täglich steigenden Nahrungsvorgaben, durch die Ungeglichtheit vieler Beamten im Verkehr mit dem Volk und den völligen Verlust der Autorität der Behörden durch eigene Fehler. Das Mißtrauen des Volkes wird als erklärlich und berechtigt dargestellt durch eine ganze Reihenfolge von Gründen, von der „Verflechtung der seitlich versprochenen preußischen Wahlreform“ bis zu den über unsere Kraft hinaus gestellten Kriegsziele. Die körperlichen und seelischen Folgen der Unterernährung werden da eben so klar zugeführt, wie die Wirkung der offensichtlichen Verheerung des Volkes, sei es durch deutsche oder ausländische Bolschewisten oder durch die „aufreizende Haltung der Udeutschen“.

Trotzdem weist der Bericht darauf hin, daß die Hauptsache nicht ist, was wir reden und schreiben, sondern was wir täten. „Das Volk will Handlungen sehen, sonst glaubt es, wir wärkten nur und müßten selber nicht, wo der Ausweg zum Frieden und zur künftigen Wohlfahrt liegt.“ Nach allen diesen und noch anderen deutlichen Ausführungen beschließt der Bericht die oberste Heeresleitung geradezu, nicht nur etwa „den Schein der Zuversicht zu erhalten, sondern dem Volk wirkliche Zuversicht zu geben, sofern wir nicht durch ihre Preisgabe offenkundig die Geschäfte des Feindes besorgen würden“.

„Heraus mit der Wahrheit.“ So singt der letzte Absatz dieser Denkschrift an und schließt mit den leicht verständlichen Worten: „Unser Volk ist stark genug, auch das Schwere zu tragen, wenn man es nicht verschmeißelt oder beschönigend belügt. Trug aber würde es in der ersten Zeit seines Daseins niemals überwinden. Ein besorgenes Deutschland wäre nicht nur besetzt, sondern auch für immer vernichtet. Es hätte in dem Glauben, der Wahrheit Gefolgshaft zu leisten, sein Allerbestes vergebens geopfert.“

Es wird wenig Deutsche geben, die sich der Wucht und dem tiefen Ernst dieser Sprache entziehen können. Die Reichsleitung hoffte, mit der Wahrheit zu erreichen, was mit tausend Künsten nicht gelungen war: Einen modischen Zusammenschluß und ein Aufreißen des Volkes! Die Denkschrift beteuert geradezu um die Wette die Wahrheit und die Ermächtigung, sie laut verkünden und wie eine letzte Arznei dem deutschen kranken Volkstörper reichen zu dürfen.

Was geschah nun? Der amtliche Vermerk auf der Denkschrift über die Forderung mit dem Recht der Veröffentlichung seit zwei Jahren lautet:

„Auf Grund dieser Niederschrift hat sich die oberste Heeresleitung amtlich dafür verbürgt, daß die militärische Lage keineswegs schlechter, sondern nur besser werden könnte. Die von mir (dem Verfasser der Denkschrift) als Voraussetzung weiterer Zurechtpropaganda verlangte Bürgschaft ist in dem für die Kirchen und Schulbehörden bestimmten Rundbrief des Kultusministers aufgenommen worden.“

Ludendorff blieb also starr. Das war Ende August 1918! Am 8. September begann der eilige Rückzug der deutschen Truppen an den wichtigsten Frontabschnitten. Wenige Tage darauf begrüßte der badische Staatsminister eine eilig einberufene Versammlung der Anführer mit den erschütternden Worten: „Meine Herren, wir haben den Krieg verloren!“ Am 31. September verlangte Ludendorff vom Prinzen Reg die Einreichung des Waffenstillstandsangebots. Hendrich fragt mit Recht, ob die einfachen, gläubigen Menschen, die den für die Kirchen und Schulbehörden bestimmten Rundbrief erhalten bekamen, ihn drei Wochen später nicht als einen tiefen Dolchstoß mitten ins Herz empfunden haben müßten?

Die ehrenwerte Gesellschaft, die sich um Ludendorff auch heute noch gruppiert, wird freilich auch durch die Veröffentlichung dieses bisher geheim gehaltenen Schriftstückes aus der Reichstanzlei vom Sommer 1918 nicht veranlaßt werden, ihren Dolchstoßschwindel aufzugeben. Der Nationalgötze aller Kriegsheer sucht die Schuld von sich selbst abzulenkten, indem er einen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz des „Vorwärts“ von Ende Oktober 1918 als Beweis dafür zitiert, daß die Sozialdemokratie den Zusammenbruch verursacht habe. Er folgt mit diesem Fälschertrieb nur den Spuren, in denen er selbst im Sommer 1918 wandelte, als er jenen Propagandaplan dem Reichstanzler unterbreitete.

Auch der Mitunterzeichner des Friedensvertrages, der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell, hat dieser Lage in einer Versammlung auf die Verlogenheit der Ludendorff-Gruppe hingewiesen, indem er daran erinnerte, daß die Oberste Heeresleitung, sowohl Ludendorff als Hindenburg, an der Abfassung der Friedensresolution vom Sommer 1917 in hervorragendem Maße beteiligt war, daß die Entschließung des Reichstages mit ihrem Willen und Willen gefaßt wurde, wenn schließlich auch Hindenburg am Ende der Beratungen „etwas mehr Pfeffer in den Text“ wünschte, als er tatsächlich beschlossen wurde.

Nichtsdestoweniger haben Ludendorff und die Sinen gegen diese Friedensresolution des Reichstages genau so gewütet, wie sie jetzt gegen den vermeintlichen Dolchstoß wüten.

Der Mann, der nach Walshall geschickt werden muß, wird zunächst einmal in den Reichstag gewählt. Und

wenn er nicht vorher, wie schon angekündigt wurde, auf das Mandat verzichtet sollte, so würde er allerdings im Reichstage bald dort stehen, wohin er gehört: am Pranger!

## Die Maifeier im Reiche.

Kassel, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Maifeier ist überall und machtlos verlaufen. Die Versammlung in der Stadthalle, in der Genosse Schröder die Festsrede hielt, war von über 5000 Personen besucht. Gemeinsam mit den Arbeiterführern wurde die Internationale und die Arbeitermarxistische gefungen. Die Kommunisten versuchten, die mächtige sozialdemokratische Kundgebung zu führen, hatten aber damit keinen Erfolg.

Breslau, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Maifeiern in Schlesien sind unter starker Anteilnahme in den niederschlesischen Industriestädten überall würdig verlaufen. In Breslau waren die von Partei und Gewerkschaften gemeinsam einberufenen Maifeiern so überfüllt, daß nach einer ganzen Anzahl von Parallelversammlungen abgehalten werden mußten. In einzelnen Orten Niederschlesiens hatten die Arbeitgeber alle Feiern mit Entlassung bedroht. Sie werden diese Drohung aber angesichts der gesamten Solidarität der Beschäftigten gerade in diesen Betrieben nicht durchführen können. Nicht ebenso würdig verliefen die Maifeiern leider in Oberschlesien. Das war in Deutsch-Oberschlesien, wo die Kommunisten, entgegen dem Jarres-Ausnahmestand und dem Verbot öffentlicher Umzüge, sich von Demonstrationen unter freiem Himmel nicht abhalten ließen. Bei Hindenburg kam es zu Zusammenstößen mit der Schutzpolizei, nachdem angeblich die Kommunisten zunächst mit Steinwürfen und Schüssen provoziert hatten. Zwei Arbeiter blieben tot auf dem Platze, einer ist lebensgefährlich, mehrere andere sind leicht verwundet. In Polnisch-Oberschlesien wurden die Maifeiern überall durchgeführt. Der Verlauf war dort nach den bisher vorliegenden Meldungen ruhig und würdevoll.

Hamburg, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die diesjährigen Reichskundgebungen im Stadtgebiet Groß-Hamburg übertrafen alle Erwartungen. Die Teilnehmerzahl war die größte, die je in Hamburg festgestellt werden konnte. Schon am frühen Morgen setzten sich in allen Stadtteilen Züge in Bewegung, die sich vom mittags 11 Uhr auf der Großen Wiese im Stadtpark versammelten. Hier wurden von zehn Tribünen Ansprachen gehalten, während aus Flugzeugen sozialdemokratische Wahlflugblätter geworfen wurden. In den Nachbarstädten Altona und Wandsbek fanden wegen des in Preußen bestehenden Verbots lediglich Umzüge von Spaziergängern statt, die aber in ihrer mächtigen Beteiligung alle bisherigen Demonstrationen übertrafen. Von den gemeinschaftlichen Gruppen, die sich an den Umzügen beteiligten, müssen besonders die Staatskrieger genannt werden, die geschlossen an der sozialdemokratischen Kundgebung teilnahmen. Die Teilnehmer an der kommunistischen Kundgebung erreichte nicht den achten Teil der sozialdemokratischen

## Technische Nothilfe und Hakenkreuz.

Zu unserer Meldung über die große deutschösterreichische Demonstration in Halle teilt uns die Hauptstelle der Technischen Nothilfe mit, daß ihre Ortsgruppe Halle sich an der Feier nicht beteiligt. Einem diesbezüglichen Antrag einer Anzahl von Mitgliedern der Nothilfe habe der zuständige Landesbezirk nicht entsprochen. Die private Teilnahme habe er, den Mitgliedern jedoch nicht verboten können.

Aus der Zuschrift geht hervor, daß das Verhalten des Landesbezirks korrekt war. Es ist aber die Frage, ob die Haltung der Ortsgruppe in Halle ebenso korrekt ist. Denn wenn sich ihre Mitglieder als Privatleute geschlossen dem deutschösterreichischen Komitee zur Verfügung stellen, so ist die Wirkung genau dieselbe, wie bei einer amtlichen Beteiligung. Von der Hauptleitung der Technischen Nothilfe muß mit aller Entschiedenheit verlangt werden, daß sie gegen Mitglieder, die einen derartigen Unfug mit den ihnen anvertrauten Befugnissen treiben, einschreitet.

# Arbeiterpolitik in Dänemark.

## Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Genossen Stauning.

V. P. Kopenhagen, Ende April.

Die erste sozialdemokratische Regierung Dänemarks ist gebildet, der neue Reichstag hat sich eben konstituiert. Die Erwartung ist groß, in Dänemark selbst, wo sich übrigens die Konservationen und Nationalliberalen über den Wahlerfolg gründlich in den Haaren liegen; im Ausland, nicht zuletzt in Deutschland. Die Aufgabe der Regierung ist nicht leicht. Daß sie unsere dänischen Genossen in ihrer vollen Schwere erfassen, beweisen mir die Äußerungen, die Genosse Stauning mir gegenüber tat. Ich bot ihm um einigen Ausschluß über die Haltung seines Kabinetts in den Fragen, die Deutschland vor allem interessieren.

Genosse Stauning hat hervor, daß die Aufgabe, die der Wahltag am 11. April der neuen Regierung gestellt habe, die sei, Dänemarks Wirtschaft, Geld und Staatsfinanzen auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Auf meine Frage, wie weit zu diesem Zweck eine „Importregulierung und Begrenzung“, wie sie im sozialdemokratischen Wahlprogramm stand, durchgeführt würde und welche Wirkung eine solche auf den großen deutschen Export nach Dänemark habe, erklärte Genosse Stauning in großen Zügen folgendes:

„Unsere Handelspolitik muß natürlich die dänische Eigenproduktion fördern. Das fordert gebieterisch die Lage der dänischen Wirtschaft, vor allem die große Arbeitslosigkeit. Es ist nicht zu bestreiten, daß ein großer Unterschied zwischen den deutschen und den dänischen Löhnen besteht und eine sozialdemokratische Regierung kann weder tatenlos zusehen, wie die eigene Industrie durch einen Dumping-Import auf Grund längerer Arbeitszeit und niedrigerer Löhne zur Stilllegung und Arbeiterentlassung gezwungen wird, noch, wie der Druck ausländischer niedrigerer Löhne die bessere Lebenshaltung der Arbeiter des eigenen Landes gefährdet. Der deutsche Rohstoffimport und die Einfuhr von Spezialmaschinen und -artikeln wird natürlich nicht behindert werden, wie wir überhaupt ja infolge der Lage und Struktur des Landes durchaus auf ein wechselseitiges Verhältnis mit der Weltwirtschaft auf gesunder Grundlage angewiesen sind.“

Zur Nordschleswigfrage befragte Genosse Stauning die Erzherrn einer Verständigung durch die einseitige Hineinziehung dieser Frage in die Wahlagitatio gewisser Parteien und durch gewisse deutsche Zeitungsartikel am Duppelgedenktage. Die dänische Sozialdemokratie stände natürlich auch als Regierungspartei auf der Linie des Hensburger Abkommens, das ihr der Weg zur endgültigen Erledigung dieser Angelegenheit schein, wenn Deutschland Verhandlungen für notwendig hielte.

Um eine Stellungnahme zur außenpolitischen Lage im allgemeinen gebeten, führte Genosse Stauning dem Sinne nach aus:

„Dänemark als demokratisches Land erachtet eine friedlichere und aufwärtsgehende Entwicklung nur durch den Durchbruch und die Festigung der Demokratie in allen Ländern Europas für möglich und ist von diesem Standpunkt aus

gespannt auf den deutschen Wahlausfall.

Die Außenpolitik des neuen dänischen Ministeriums wird mit jeder Politik gleichen Weg gehen, die die Befriedung Europas und der Welt anstrebt. Die dänische Regierung hat direkt mit der Reparationsfrage nichts zu tun, aber sie begrüßt im Interesse des Völkfriedens die Arbeit der Sachverständigen, die die Lösung dieser Streitfrage um vieles näher bringt. Dänemarks Ziel ist Festigung und Ausbau des Völkerbundes und Unterstützung der Bestrebungen zur Ausschaltung von verheerenden Kriegen durch internationales Schiedsgericht. Einen Antrag Deutschlands auf Aufnahme in den Völkerbund könnte sie nur begrüßen und unterstützen!

Auch meine Annahme, daß die dänische neue Regierung als Völkerbundmitglied sich nicht auf die Seite der Gegner der deutschösterreichischen Zusammenschlüsse stellen würde, bestätigte Genosse Stauning mit den Worten: „Wir sind als Sozialisten prinzipielle Anhänger des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und hatten, als die Frage aktuell war, die wärmsten Sympathien für den deutschösterreichischen Zusammenschluß. Wir weisen von diesem prinzipiellen Standpunkt nicht ab, ob wir Regierungspartei oder Opposition sind.“

Natürlich konnte Genosse Stauning als Regierungschef eines Landes nicht Wünsche für den deutschen Wahltag aussprechen; als Sozialdemokrat aber trug er mir die besten Wünsche für den 4. Mai auf.

Die Regierungsbildung hat bekanntlich ein neues Ministerium, das „Sozialministerium“, geschaffen, das dem Genossen Borbjerg, dem bisherigen Oberbetreuer des „Sozialdemokratischen Kopenhagens, übertragen ist. In einer Auslassung in der dänischen sozialistischen Presse weist Genosse Borbjerg auf die Bedeutung der Zusammenlegung aller staatlichen sozialen Zuständigkeiten, die bisher in den verschiedenen Ministerien zerstreut waren, unter ein besonderes Ministerium hin. Dieses Sozialministerium umfaßt nicht nur die Armen- und Invalidenangelegenheiten, sondern die gesamte Arbeiterangelegenheit, so das Verhältnis von Arbeiter und Arbeitgeber, Arbeitsbeschäftigung, Schlichtungsausschüsse. Weiter die internationalen Arbeitskonventionen und so will der Genosse Borbjerg im Herbst die Anerkennung der Washingtoner Achttundentagsabmachung in dänischen Festsitzung vorlegen. Ferner will er einen Betriebsrätegesetzentwurf einbringen, der sich auf einen schon 1919 von der Partei ausgearbeiteten Vorschlag stützt. Material aus Deutschland und Norwegen über die Wirkung der Betriebsräteinstitution soll gesammelt und funngemäß verwendet werden.





